

Hilfe für straffällige Jugendliche

Volksstimme Magdeburg

Im Umgang mit straffälligen jungen Menschen sind neben Polizei und Justiz auch Jugendhilfe und Schulen gefragt.

Braunschweig (dpa/lni) | Der richtige Umgang mit jungen Schulschwänzern bleibt ein Dauerthema und kann im Ernstfall auch die Justiz beschäftigen. "Es gibt in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe noch großen Nachholbedarf", sagt Regine Drewniak von der Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ). Die Vorsitzende der Landesgruppe in Niedersachsen meint, dass auf das Fernbleiben – im Fachjargon Schulabsentismus – oft zu spät reagiert werde.

Über Ursachen für das dauerhafte Fernbleiben vom Unterricht und die richtige Reaktion darauf beraten rund 200 Fachleute beim Jugendgerichtstag an diesem Freitag in Braunschweig. Dabei ist das Verfahren bei Verletzung der Schulpflicht eigentlich klar geregelt. Laut Niedersächsischem Schulgesetz sind Schulen gehalten, auf Verweigerung mit pädagogischen und erzieherischen Mitteln präventiv zu reagieren. Für die Ahndung des Schulschwänzens sind die Kommunen zuständig, die Bußgelder verhängen können.

Bußgeld bis zu 1000 Euro

Nach Auffassung des Städte- und Gemeindebundes sollten die Schulen das Schwänzen zunächst offensiv aufgreifen und dieses Verhalten im Gespräch mit Schülern und deren Eltern klären. Die Lehrer würden dabei schon eine Menge tun, sagte der Sprecher des Bundes, Thorsten Bullerdiek. "Wenn dann gar nichts hilft, können die Kommunen Bußgelder bis zu 1000 Euro verhängen", erklärte er.

Bei der Jugendkriminalität beobachten die Fachleute sinkende Zahlen in Niedersachsen. Nach Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) war die Straffälligkeit in fast allen jugendtypischen Bereichen im Jahr 2018 rückläufig. Aus einem im Mai vorgestellten Jahresbericht geht hervor, dass es lediglich beim Ladendiebstahl einen Anstieg von fast 3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gab.

Menschenverachtende Ideologie

Ein weiterer Schwerpunkt beim 28. Jugendgerichtstag ist die Radikalisierung von Jugendlichen. Für Niedersachsens Sozialministerin Carola Reimann (SPD) sind junge Menschen damit gerade in sozialen Medien konfrontiert. Sie erleben ihr zugehörigkeit aber auch Ausgrenzung im Alltag bis hin zu ausgeprägter und gelebter Gewaltbereitschaft. Ziel müsse es sein, so viele Jugendliche wie möglich vor menschenverachtender Ideologie zu schützen.